

159035-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen – ZV - Bezirk Oberfranken - Generalsanierung Bezirksklinik Rehau - Fachplanung Technische Ausrüstung

OJ S 54/2024 15/03/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bezirk Oberfranken namens und im Auftrag der GeBO

E-Mail: info@bezirk-oberfranken.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: ZV - Bezirk Oberfranken - Generalsanierung Bezirksklinik Rehau - Fachplanung Technische Ausrüstung

Beschreibung: Fachplanung Technische Ausrüstung

Kennung des Verfahrens: 7c311e73-081a-4304-86c0-71d7fd698367

Interne Kennung: 1200-0452-2024/000297

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Fohrenreuther Str. 48

Stadt: Rehau

Postleitzahl: 95111

Land, Gliederung (NUTS): Hof, Landkreis (DE249)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 625 375,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Das Beschaffungsamt der Stadt Coburg führt das Vergabeverfahren im Auftrag des folgenden Auftraggebers durch: Bezirk Oberfranken Stabsstelle Bauen Cottenbacher Straße 23 95445 Bayreuth Der Bewerber hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die " Eigenerklärung Bezug Russland" auszufüllen und als Teil des Angebots abzugeben. Diese Erklärung ist auch

für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Bewerbungsbogen und Nachweisen; sämtliche Vergabe-/Auftragsunterlagen sind auf der Vergabepattform tender24 eingestellt. Der Bewerbungsbogen und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Teilnahmeanträge können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabepattform (tender24) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Teilnahmeantrags auf die Plattform hochzuladen. Bei elektronischer Übermittlung in Textform ist der Bieter, der die Erklärung abgibt, zu benennen. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabepattform. Dabei ist das Tool Frage stellen bzw. Fragen/Antworten zu verwenden.

Auswahlkriterien für den Teilnahmewettbewerb:

- Nachweis des gemittelten Gesamtjahresumsatzes (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV) [5 %]
- Nachweis des gemittelten Jahresumsatzes (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren für entsprechende Dienstleistungen im Tätigkeitsbereich des Auftrags (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV) [5 %]
- Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten zehn Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitraums sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV) [35 %]
- Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) [5 %]
- Anzahl der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die zur Erfüllung der Leistung eingesetzt werden können (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV) [5 %]
- Beschreibung der technischen Ausrüstung (Ausstattung, Software, Geräte und technische Ausrüstung des Unternehmens für die Ausführung des Auftrags) (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 und Nr. 9 VgV) [10 %]
- Beschreibung der Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität seiner Dienstleistung (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) [10 %]
- Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV) [10 %]
- Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern und geförderten Maßnahmen [15 %]

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 2

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 2

2.1.6. Ausschlussgründe

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Ausschlussgründe gemäß §§ 123 ff. GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Anlagengruppen 1, 2, 3, 8

Beschreibung: Ingenieurleistungen Fachplanung und -überwachung Technische Ausrüstung gemäß Teil 4 Abschnitt 2 der HOAI 2021 Los 1 Maschinentechnik Anlagengruppen 1, 2, 3, 8 Leistungsphasen 1 bis 9 HOAI (98,75 % bzw. 96,75 % der Grundleistungen) Stufenweise

Beauftragung: Stufe 1 (LPH 1-2 HOAI) Stufe 2 (LPH 3-4 HOAI) Stufe 3 (LPH 5-8 HOAI) Stufe 4 (LPH 9 HOAI) Honorarzone II in den Anlagengruppen 1-3 Honorarzone III in der Anlagengruppe 8 Anrechenbare Kosten: Anlagengruppe 1 Abwasseranlagen 1.726.051,40 EUR Anlagengruppe 2 Wärmeversorgung 1.386.554,62 EUR Anlagengruppe 3 Lüftungsanlagen 3.546.218,49 EUR Anlagengruppe 8 Gebäudeautomation 655.462,18 EUR Angestrebtes Kostenbudget für Baumaßnahmen: 54.900.000 EUR (brutto) für KGR 200-600

Terminplanung: Ausführungszeitraum der Planungsleistungen: LPH 1 + 2 HOAI: Juni - Dez 2024 LPH 3 - 8 HOAI: ab 2025 Der Bezirk Oberfranken hat für die weitere Weichenstellung der Entwicklung des Standortes Bezirksklinik Rehau eine Machbarkeitsstudie bzw. Zielplanung für die Weiterentwicklung des Standortes erstellen lassen. Die Machbarkeitsstudie ist Teil der Vergabeunterlagen. Dabei wurde das durch das Raum- und Funktionsprogramm vorgegebene Flächensoll in einer zukunftsgerichteten Entwicklung am Standort, in Varianten, grundsätzlich untersucht. Dabei ist insbesondere die Funktionstauglichkeit der Bestandsgebäude im Vergleich zu eventuellen Ersatz- und Neubaumaßnahmen in einer Studie vergleichend untersucht worden. Die jüngeren Bestandsgebäude müssen höchstwahrscheinlich saniert und weiterbetrieben werden. Die beiden älteren Bestandsgebäude (Bettenhaus 1 und 2) wurden hinsichtlich des Bestandes bewertet und auf eine technische und wirtschaftliche Sanierungsfähigkeit und Funktionstauglichkeit unter Bezugnahme des Raumsolls, ggf. vergleichend mit Ersatzneubau, untersucht. Die Machbarkeitsstudie Zielplanung umfasste im Wesentlichen folgende Aufgabengebiete: - Standortanalyse und Bestandsaufnahme - Technische Substanzerkundung - Überprüfung des Funktions- und Raumprogramms auf Umsetzbarkeit und Übereinstimmung mit den Programmzielen der Klinik - Aufstellen eines planungs- und projektbezogenen Zielkatalogs mit Programmzielen und langfristiger Zielplanung - Erarbeitung von grundsätzlich unterschiedlichen städtebaulichen Entwürfen bzw. Anordnungsstudien für die Zielplanung Bezirksklinik Rehau - Erarbeiten von unterschiedlichen Planungsansätzen in Hinblick auf Sanierung und Ersatzneubau - Erarbeiten und bewerten von Gebäudekennziffern und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für die einzelnen Entwurfskonzepte - Aufstellen einer Projektstrukturplanung (Zeit- und Organisationsplan) - Dokumentation und Zusammenfassung als Broschüre und digitale Mappe Format pdf - Erarbeitung von Ausschreibungsgrundlagen für das notwendige VgV-Verfahren, für die weiteren Planungsleistungen nach HOAI Fazit der Machbarkeitsstudie: Die Häuser 1 und 2 sind auch nach umfangreichen Umbaumaßnahmen für die geplante Nutzung ungeeignet. Nachdem beide Gebäude zudem erhebliche bauliche Mängel aufweisen, ist eine Erhaltung dieses Bestands nicht wirtschaftlich. Haus 3 ist für eine weitere Nutzung als Gerontopsychiatrie ungeeignet. Es weist funktionelle und räumliche Mängel auf. Im Zuge der empfohlenen Umnutzung und den damit verbundenen Umbauarbeiten, können vorhandene bauliche und technische Defizite des Gebäudes behoben werden. Haus 6 liegt sehr weit vom Zentrum der Anlage entfernt. Bezüglich der vorhandenen Flächen bildet es das Raumprogramm der aktuellen Nutzung als Tagesklinik ab, allerdings besteht keine Anbindung zu bestehenden und neu zu planenden Therapieräumen, deren Nutzung somit durch sehr lange Wege stark eingeschränkt ist. Das Gebäude eignet sich durch seine Grundrisse und Lage hervorragend für eine Wohnnutzung. Es können bis zu 8 Wohnungen, ohne die Notwendigkeit großer Umbauten, hergestellt werden. Es wird empfohlen die Tagesklinik in Haus 3 umzuziehen. Haus 7 ist für die Unterbringung der Verwaltung aufgrund der Grundrisskonzeption und der fehlenden Anbindung an die bestehenden Gebäude nur sehr eingeschränkt geeignet. Für einen Neubau, welcher die lt. Raumprogramm geforderten, im Bestand nicht darstellbaren Flächen beinhalten soll, wurden insgesamt vier Baufelder untersucht, nach Ausschluss eines Baufelds drei davon detaillierter. Insgesamt elf mögliche Baukörper, welche das geplante Raumprogramm auf den Baufeldern abbilden können, wurden vorgestellt und im Rahmen der Abstimmung mit der Regierung, dem

Betreiber und dem zukünftigen Nutzer ausgeschlossen bzw. weiterverfolgt. Hieraus ergab sich, dass sich das Baufeld 1 für einen Neubau als ungeeignet und das Baufeld 2 als nur eingeschränkt geeignet darstellt und empfohlen wird, den Neubau im Bereich des Baufeld 3 zu planen. Baufeld 3 ermöglicht eine größtmögliche Zugänglichkeit zu vorhandenen Grünflächen. Die Anbindung an Haus 3 und 4 ist über kurze Wege möglich. Der Neubau kann in drei oberirdischen Geschossen das geplante Raumprogramm abbilden und dessen Einsehbarkeit ist aufgrund der rückwärtigen Lage deutlich reduziert. Im Zuge des vorliegenden Verfahrens werden die weiteren Planungsleistungen vergeben. Zielsetzung ist es, die Vorplanung (LPH 1 und 2 HOAI) in einen Antrag auf Vorwegfestlegung münden zu lassen, der Ende 2024 beim Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege eingereicht werden soll.
Interne Kennung: LOT-0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufenweise Beauftragung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Fohrenreuther Str. 48

Stadt: Rehau

Postleitzahl: 95111

Land, Gliederung (NUTS): Hof, Landkreis (DE249)

Land: Deutschland

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer im Regelfall zunächst nur folgende Leistungen: LPH 1-2 HOAI (Stufe 1) Der Auftraggeber beabsichtigt bei Weiterverfolgung des Bauvorhabens, die folgenden weiteren Leistungsphasen zu übertragen: LPH 3-4 HOAI (Stufe 2) sowie LPH 5-8 HOAI (Stufe 3) und LPH 9 HOAI (Stufe 4).

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 087 051,36 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der Berufsqualifikation nach §§ 44 und 75 Abs.1 bis 4 VgV Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 44 Abs. 1 und § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV): Vorlage eines Auszuges aus dem Berufs- oder Handelsregister oder bei Bewerbern von außerhalb Deutschlands aus einem vergleichbaren Register des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist, soweit eine Eintragung nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist, vorgesehen ist. Der Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister hat den aktuellen Stand wiederzugeben und soll zum Zeitpunkt des Endes der Abgabefrist nicht älter als 12 Monate sein. Bei einer Bewerbungsgemeinschaft ist ein entsprechender Auszug von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Nachweis der Berufsqualifikation muss auch bei juristischen Personen (Vorlage der Berufsqualifikation des bevollmächtigten Geschäftsführers bzw. Inhabers oder einer Führungskraft bzw. eines Angestellten) beigelegt werden. Der Zulassungsbereich umfasst die Staaten des europäischen Wirtschaftsraums EWR sowie die Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen GPA. Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Anforderung wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2014/24/EU und den Vorgaben über die Anerkennung von Berufsqualifikationen entspricht. Mindestanforderung für Los 1 und Los 2: Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnungen "Ingenieur" (erfolgreicher Abschluss eines mindestens 3-jährigen Studiums einer einschlägigen Fachrichtung an einer Universität oder Hochschule; Studienabschluss Bachelor, Diplom oder Master). Neben dem geforderten Ingenieur als akademischen Bildungsweg werden auch "Staatlich geprüfte Techniker" und "Meister" in fachbezogenen Laufbahnen im Bereich Maschinen-/ und Elektrotechnik (oder vergleichbar) zugelassen, denn alle Qualifikationen sind gemäß Deutschem Qualifikationsrahmen dem Bachelor-Niveau 6 zugeordnet. Alle Abschlüsse auf einer Niveaustufe werden als gleichwertig eingestuft. Form der Nachweisführung: Berufs- oder Handelsregisterauszug, Zeugnisse / Urkunden zum Nachweis der Berufsqualifikation, Eigenerklärung

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Berufshaftpflichtversicherung (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV) Nachweis über eine bestehende Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung des Bewerbers mit einer Mindestdeckungssumme bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen. Im Falle von geringeren Deckungssummen als vorstehend genannt, ist eine Bestätigung des in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder eines Versicherungsmaklers einzureichen, aus der hervorgeht, dass im Auftragsfall die Versicherung an vorstehenden Anforderungen angepasst werden wird. Sollte diese Bestätigung von einem Versicherungsmakler erstellt werden, muss sich die Bestätigung auf eine Versicherung eines Versicherungsunternehmens beziehen, welches in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Haben sich für die Versicherung mehrere Versicherer zusammengeschlossen, so ist vom Bewerber zusätzlich die Vereinbarung einer Führungsklausel herbeizuführen, durch welche die zusammengeschlossenen Versicherer gegenüber dem Auftraggeber uneingeschränkt durch einen der Versicherer als Gesamtschuldner vertreten werden. Bei Bewerbungsgemeinschaften sind ein entsprechender Nachweis oder eine entsprechende Versicherungsbestätigung von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Mindestanforderung für Los 1 und Los 2:

Mindestdeckungssummen in Höhe von 1,5 Mio. EUR für Personenschäden sowie in Höhe von 0,5 Mio. EUR für Sach-, Vermögens- und sonstige Schäden (jeweils pauschal je Schadensfall)
Form der Nachweisführung: Versicherungsbestätigung, Erklärung einer Versicherungsgesellschaft, Eigenerklärung Mindestjahresumsatz (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV)
Eigenerklärung des Bewerbers über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Planungsleistungen im Leistungsbild Fachplanung Technische Ausrüstung), jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, jeweils in EUR netto. Sollte der tätigkeitsbezogene Umsatz nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils ein tätigkeitsbezogener Umsatz anzugeben, der in dem betreffenden Geschäftsjahr mindestens erzielt worden ist. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen. Ist der Bewerber oder ein Bewerbergemeinschaftsmitglied noch keine drei Geschäftsjahre tätig, beschränkt sich sein Nachweiszeitraum in der Jahresumsatzerklärung auf die Geschäftsjahre seiner Tätigkeit. Maßgebend für die Einhaltung des Mindest-Jahresumsatzes ist in diesem Fall der Durchschnittswert aus den Geschäftsjahren seiner Tätigkeit. Bei einer Bewerbergemeinschaft sind die jeweiligen Gesamtumsätze der Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter Gesamtumsatz anzugeben. Sofern ein Mindest-Jahresumsatz gefordert wird, genügt es, wenn der Durchschnittswert der Addition der Jahresumsätze der Mitglieder diesen Mindestumsatz erreicht. Entsprechendes gilt für die jeweiligen Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrages. Mindestanforderung für Los 1 und Los 2: - keine - Form der Nachweisführung: Bankerklärungen, Jahresabschlüsse oder Auszüge von Jahresabschlüssen, Eigenerklärung

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen mit vergleichbaren Anforderungen (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV) Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten drei Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitraums sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers. Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird darauf hingewiesen, dass auch einschlägige Dienstleistungen berücksichtigen werden, die mehr als drei Jahre, jedoch höchstens zehn Jahre zurückliegen (Stichtag: 01.01.2014). Die Auflistung ist auf Projekte zu beschränken, deren Anforderungen mit denen der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind und mindestens die geforderten Leistungsphasen (jedoch nicht zwingend alle Grundleistungen) im vorgegebenen Zeitraum (01.01.2014 - Ablauf Bewerbungsfrist) erbracht wurden. Es muss sich hierbei nicht zwingend um Objekte der gleichen Nutzungsart handeln. Eine laufende Referenz, bei der die geforderten Leistungsphasen noch nicht abschließend erbracht wurden, kann nicht zur Erfüllung der Mindestanforderungen herangezogen werden. Bei noch laufenden Verträgen muss das vorgenannte Volumen bereits erfolgreich bearbeitet worden sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen ist jedoch kumuliert über mehrere Referenzen möglich. Die Vergleichbarkeit wird durch Referenzleistungen erreicht, die nach Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistung in dem Sinne ähnlich sind, dass sie für den öffentlichen Auftraggeber den sicheren Schluss darauf zulassen, der Bewerber verfüge über die für die Ausführung des zu vergebenden Auftrags erforderliche Zuverlässigkeit und Fachkunde. Mindestanforderung für Los 1: Nachweis von mindestens drei vergleichbaren Referenzen aus den letzten zehn Jahren mit mindestens den LPH 5-8 HOAI (Kombinationen z.B. Referenz A: LPH 5-6 HOAI + Referenz B: LPH 7-8 HOAI sind zulässig) im zu vergebenden Leistungsbild sowie den zu vergebenden Anlagengruppen der Maschinenteknik. Hierbei muss es sich um Referenzen mit Planungsleistungen im Krankenhausbau oder bei vergleichbaren Einrichtungen mit vergleichbaren Planungs- und /oder Beratungsanforderungen (Honorarzone II oder höher) handeln. Mindestanforderung für

Los 2: Nachweis von mindestens drei vergleichbaren Referenzen aus den letzten zehn Jahren mit mindestens den LPH 5-8 HOAI (Kombinationen z.B. Referenz A: LPH 5-6 HOAI + Referenz B: LPH 7-8 HOAI sind zulässig) im zu vergebenden Leistungsbild sowie den zu vergebenden Anlagengruppen der Elektrotechnik. Hierbei muss es sich um Referenzen mit Planungsleistungen im Krankenhausbau oder bei vergleichbaren Einrichtungen mit vergleichbaren Planungs- und/oder Beratungsanforderungen (Honorarzone II oder höher) handeln. Form der Nachweisführung: Eigenerklärung Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV) Angabe der durchschnittlichen jährlichen Anzahl an technische Fachkräfte oder an technischen Stellen, die zur Erfüllung der ausgeschriebenen Leistung eingesetzt werden können, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht. "Technische Fachkräfte" im Sinne des § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV sind Fachkräfte, deren Leistungen eine durch Qualifikationen und Berufserfahrung belegbare besondere Fachkunde erfordern. Mindestanforderung für Los 1: Zwei technische Fachkräfte oder technische Stellen (Vollzeitäquivalente ohne Büroinhaber) im zu vergebenden Leistungsbild des Fachbereichs Maschinentechnik Mindestanforderung für Los 2: Zwei technische Fachkräfte oder technische Stellen (Vollzeitäquivalente ohne Büroinhaber) im zu vergebenden Leistungsbild des Fachbereichs Elektrotechnik Form der Nachweisführung: Eigenerklärung Angabe der Ausstattung, der Geräte und techn. Ausrüstung (§ 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV) Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens sowie Erklärung, aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt (insb. Hard- und Software). Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten des Bewerbers und die Zahl der Führungskräfte des Bewerbers jeweils in den letzten drei Jahren ersichtlich wird. Bei einer Bewerbergemeinschaft sind je Jahr die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und die Zahl der Führungskräfte jedes Mitglieds der Bewerbergemeinschaft zu addieren. Als Beschäftigte gelten die sozialversicherungspflichtig angestellten Arbeitnehmer. Beschäftigtenzahl des konkreten Bewerberrunternehmens - nicht etwa des Gesamtkonzerns. Beschäftigte müssen nicht zwangsläufig Arbeitnehmer im Sinne des § 611a Abs. 1 BGB sein. Unter diesen Begriff können auch nicht zur Geschäftsführung gehörende Gesellschafter und freie Mitarbeiter fallen. Qualitätssicherung (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) Beschreibung der Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität seiner Dienstleistung muss als gesonderte Anlage dem Bewerbungsbogen beigelegt werden. Vergabe von Unteraufträgen (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV) Erklärung, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt, muss als gesonderte Anlage dem Bewerbungsbogen beigelegt werden. Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern Eigenerklärung über die Erfahrungen des Bewerbers mit öffentlichen Auftraggebern und geförderten Maßnahmen (Förderantragsstellung, Vergabeverfahren, Rechnungs- und Nachtragsbearbeitung, etc.) muss als gesonderte Anlage dem Bewerbungsbogen beigelegt werden.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Aufgabenstellung und Projektanforderungen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektteam - Zusammensetzung, Organisation, Vertretungsregelung, Projektleitung, Besetzung der einzelnen Planungsbereiche

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektteam - Verfügbarkeit, sofortiger Arbeitsbeginn, Personaleinsatzplan

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Terminplan zur vorgesehenen Projektabwicklung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Organisation der Bauleitung / Präsenz vor Ort / Erreichbarkeit für den Bauherrn

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Methoden zur Qualitätssicherung der Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Methoden zur Kostensicherheit

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Methoden zur Terminalsicherheit

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18dcaec59b-212131c57620c850

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 09/04/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://tender24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 26/03/2024 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung materiell bzw. inhaltlich falsch eingereichter Referenzprojekte ist nicht möglich! Grund: Die Nachforderungsmöglichkeiten des § 56 Abs. 2 Alt. 1 VgV darf nicht dazu führen, dass sich einzelne Unternehmen im Nachhinein, nach Ablauf der Abgabefrist, gegenüber ihren Konkurrenten einen Wettbewerbsvorteil verschaffen können. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit -der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, -Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber

gerügt werden, -mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter/Bewerber, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die Betroffenen Bieter ergangen ist. Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst 10 Kalendertagen nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über das E-Vergabe-Portal) der Information nach § 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter/Bewerber kommt es nicht an. Gemäß § 135 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der Betroffenen Bieter/Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Anlagengruppen 4, 5, 6

Beschreibung: Ingenieurleistungen Fachplanung und -überwachung Technische Ausrüstung gemäß Teil 4 Abschnitt 2 der HOAI 2021 Los 2 Elektrotechnik Anlagengruppen 4, 5, 6 Leistungsphasen 1 bis 9 HOAI (98,75 % bzw. 96,75 % der Grundleistungen) Stufenweise Beauftragung: Stufe 1 (LPH 1-2 HOAI) Stufe 2 (LPH 3-4 HOAI) Stufe 3 (LPH 5-8 HOAI) Stufe 4 (LPH 9 HOAI) Honorarzone II in den Anlagengruppen 4-6 Anrechenbare Kosten: Anlagengruppe 4 Starkstromanlagen 1.462.184,87 EUR Anlagengruppe 5 Fernmeldeanlagen 1.697.478,90 EUR Anlagengruppe 6 Förderanlagen 260.504,20 EUR Angestrebtes Kostenbudget für Baumaßnahmen: 54.900.000 EUR (brutto) für KGR 200-600 Terminplanung: Ausführungszeitraum der Planungsleistungen: LPH 1 + 2 HOAI: Juni - Dez 2024 LPH 3 - 8 HOAI: ab 2025 Der Bezirk Oberfranken hat für die weitere Weichenstellung der Entwicklung des Standortes Bezirksklinik Rehau eine Machbarkeitsstudie bzw. Zielplanung für die Weiterentwicklung des Standortes erstellen lassen. Die Machbarkeitsstudie ist Teil der Vergabeunterlagen. Dabei wurde das durch das Raum- und Funktionsprogramm vorgegebene Flächensoll in einer zukunftsgerichteten Entwicklung am Standort, in Varianten, grundsätzlich untersucht. Dabei ist insbesondere die Funktionstauglichkeit der Bestandsgebäude im Vergleich zu eventuellen Ersatz- und Neubaumaßnahmen in einer Studie vergleichend untersucht worden. Die jüngeren Bestandsgebäude müssen höchstwahrscheinlich saniert und

weiterbetrieben werden. Die beiden älteren Bestandsgebäude (Bettenhaus 1 und 2) wurden hinsichtlich des Bestandes bewertet und auf eine technische und wirtschaftliche Sanierungsfähigkeit und Funktionstauglichkeit unter Bezugnahme des Raumsolls, ggf. vergleichend mit Ersatzneubau, untersucht. Die Machbarkeitsstudie Zielplanung umfasste im Wesentlichen folgende Aufgabengebiete: - Standortanalyse und Bestandsaufnahme - Technische Substanzerkundung - Überprüfung des Funktions- und Raumprogramms auf Umsetzbarkeit und Übereinstimmung mit den Programmzielen der Klinik - Aufstellen eines planungs- und projektbezogenen Zielkatalogs mit Programmzielen und langfristiger Zielplanung - Erarbeitung von grundsätzlich unterschiedlichen städtebaulichen Entwürfen bzw. Anordnungsstudien für die Zielplanung Bezirksklinik Rehau - Erarbeiten von unterschiedlichen Planungsansätzen in Hinblick auf Sanierung und Ersatzneubau - Erarbeiten und bewerten von Gebäudekennziffern und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für die einzelnen Entwurfskonzepte - Aufstellen einer Projektstrukturplanung (Zeit- und Organisationsplan) - Dokumentation und Zusammenfassung als Broschüre und digitale Mappe Format pdf - Erarbeitung von Ausschreibungsgrundlagen für das notwendige VgV-Verfahren, für die weiteren Planungsleistungen nach HOAI

Fazit der Machbarkeitsstudie: Die Häuser 1 und 2 sind auch nach umfangreichen Umbaumaßnahmen für die geplante Nutzung ungeeignet. Nachdem beide Gebäude zudem erhebliche bauliche Mängel aufweisen, ist eine Erhaltung dieses Bestands nicht wirtschaftlich. Haus 3 ist für eine weitere Nutzung als Gerontopsychiatrie ungeeignet. Es weist funktionelle und räumliche Mängel auf. Im Zuge der empfohlenen Umnutzung und den damit verbundenen Umbauarbeiten, können vorhandene bauliche und technische Defizite des Gebäudes behoben werden. Haus 6 liegt sehr weit vom Zentrum der Anlage entfernt. Bezüglich der vorhandenen Flächen bildet es das Raumprogramm der aktuellen Nutzung als Tagesklinik ab, allerdings besteht keine Anbindung zu bestehenden und neu zu planenden Therapieräumen, deren Nutzung somit durch sehr lange Wege stark eingeschränkt ist. Das Gebäude eignet sich durch seine Grundrisse und Lage hervorragend für eine Wohnnutzung. Es können bis zu 8 Wohnungen, ohne die Notwendigkeit großer Umbauten, hergestellt werden. Es wird empfohlen die Tagesklinik in Haus 3 umzuziehen. Haus 7 ist für die Unterbringung der Verwaltung aufgrund der Grundrisskonzeption und der fehlenden Anbindung an die bestehenden Gebäude nur sehr eingeschränkt geeignet. Für einen Neubau, welcher die lt. Raumprogramm geforderten, im Bestand nicht darstellbaren Flächen beinhalten soll, wurden insgesamt vier Baufelder untersucht, nach Ausschluss eines Baufelds drei davon detaillierter. Insgesamt elf mögliche Baukörper, welche das geplante Raumprogramm auf den Baufeldern abbilden können, wurden vorgestellt und im Rahmen der Abstimmung mit der Regierung, dem Betreiber und dem zukünftigen Nutzer ausgeschlossen bzw. weiterverfolgt. Hieraus ergab sich, dass sich das Baufeld 1 für einen Neubau als ungeeignet und das Baufeld 2 als nur eingeschränkt geeignet darstellt und empfohlen wird, den Neubau im Bereich des Baufeld 3 zu planen. Baufeld 3 ermöglicht eine größtmögliche Zugänglichkeit zu vorhandenen Grünflächen. Die Anbindung an Haus 3 und 4 ist über kurze Wege möglich. Der Neubau kann in drei oberirdischen Geschossen das geplante Raumprogramm abbilden und dessen Einsehbarkeit ist aufgrund der rückwärtigen Lage deutlich reduziert. Im Zuge des vorliegenden Verfahrens werden die weiteren Planungsleistungen vergeben. Zielsetzung ist es, die Vorplanung (LPH 1 und 2 HOAI) in einen Antrag auf Vorwegfestlegung münden zu lassen, der Ende 2024 beim Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege eingereicht werden soll.

Interne Kennung: LOT-0002

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufenweise Beauftragung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Fohrenreuther Str. 48

Stadt: Rehau

Postleitzahl: 95111

Land, Gliederung (NUTS): Hof, Landkreis (DE249)

Land: Deutschland

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer im Regelfall zunächst nur folgende Leistungen: LPH 1-2 HOAI (Stufe 1) Der Auftraggeber beabsichtigt bei Weiterverfolgung des Bauvorhabens, die folgenden weiteren Leistungsphasen zu übertragen: LPH 3-4 HOAI (Stufe 2) sowie LPH 5-8 HOAI (Stufe 3) und LPH 9 HOAI (Stufe 4).

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 538 324,63 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der Berufsqualifikation nach §§ 44 und 75 Abs.1 bis 4 VgV Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 44 Abs. 1 und § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV): Vorlage eines Auszuges aus dem Berufs- oder Handelsregister oder bei Bewerbern von außerhalb Deutschlands aus einem vergleichbaren Register des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist, soweit eine Eintragung nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist, vorgesehen ist. Der Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister hat den aktuellen Stand wiederzugeben und soll zum Zeitpunkt des Endes der Abgabefrist nicht älter als 12 Monate sein. Bei einer Bewerbungsgemeinschaft ist ein entsprechender Auszug von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Nachweis der Berufsqualifikation muss auch bei juristischen Personen (Vorlage der Berufsqualifikation des bevollmächtigten Geschäftsführers bzw. Inhabers oder einer Führungskraft bzw. eines Angestellten) beigelegt werden. Der Zulassungsbereich umfasst die Staaten des europäischen Wirtschaftsraums EWR sowie die Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens

über das öffentliche Beschaffungswesen GPA. Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Anforderung wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2014/24/EU und den Vorgaben über die Anerkennung von Berufsqualifikationen entspricht. Mindestanforderung für Los 1 und Los 2: Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnungen "Ingenieur" (erfolgreicher Abschluss eines mindestens 3-jährigen Studiums einer einschlägigen Fachrichtung an einer Universität oder Hochschule; Studienabschluss Bachelor, Diplom oder Master). Neben dem geforderten Ingenieur als akademischen Bildungsweg werden auch "Staatlich geprüfte Techniker" und "Meister" in fachbezogenen Laufbahnen im Bereich Maschinen-/ und Elektrotechnik (oder vergleichbar) zugelassen, denn alle Qualifikationen sind gemäß Deutschem Qualifikationsrahmen dem Bachelor-Niveau 6 zugeordnet. Alle Abschlüsse auf einer Niveaustufe werden als gleichwertig eingestuft. Form der Nachweisführung: Berufs- oder Handelsregisterauszug, Zeugnisse / Urkunden zum Nachweis der Berufsqualifikation, Eigenerklärung

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Berufshaftpflichtversicherung (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV)

Nachweis über eine bestehende Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung des Bewerbers mit einer Mindestdeckungssumme bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen. Im Falle von geringeren Deckungssummen als vorstehend genannt, ist eine Bestätigung des in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen

Versicherungsunternehmens oder eines Versicherungsmaklers einzureichen, aus der hervorgeht, dass im Auftragsfall die Versicherung an vorstehenden Anforderungen angepasst werden wird. Sollte diese Bestätigung von einem Versicherungsmakler erstellt werden, muss sich die Bestätigung auf eine Versicherung eines Versicherungsunternehmens beziehen, welches in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Haben sich für die Versicherung mehrere Versicherer zusammengeschlossen, so ist vom Bewerber zusätzlich die Vereinbarung einer Führungsklausel herbeizuführen, durch welche die zusammengeschlossenen Versicherer gegenüber dem Auftraggeber uneingeschränkt durch einen der Versicherer als Gesamtschuldner vertreten werden. Bei Bewerbergemeinschaften sind ein entsprechender Nachweis oder eine entsprechende Versicherungsbestätigung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Mindestanforderung für Los 1 und Los 2:

Mindestdeckungssummen in Höhe von 1,5 Mio. EUR für Personenschäden sowie in Höhe von 0,5 Mio. EUR für Sach-, Vermögens- und sonstige Schäden (jeweils pauschal je Schadensfall)

Form der Nachweisführung: Versicherungsbestätigung, Erklärung einer

Versicherungsgesellschaft, Eigenerklärung Mindestjahresumsatz (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV)

Eigenerklärung des Bewerbers über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Planungsleistungen im Leistungsbild Fachplanung Technische Ausrüstung), jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, jeweils in EUR netto.

Sollte der tätigkeitsbezogene Umsatz nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils ein tätigkeitsbezogener Umsatz anzugeben, der in dem betreffenden Geschäftsjahr mindestens erzielt worden ist. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen. Ist der Bewerber oder ein Bewerbergemeinschaftsmitglied noch keine drei Geschäftsjahre tätig, beschränkt sich sein Nachweiszeitraum in der Jahresumsatzerklärung auf die Geschäftsjahre seiner Tätigkeit.

Maßgebend für die Einhaltung des Mindest-Jahresumsatzes ist in diesem Fall der

Durchschnittswert aus den Geschäftsjahren seiner Tätigkeit. Bei einer Bewerbergemeinschaft

sind die jeweiligen Gesamtumsätze der Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter Gesamtumsatz anzugeben. Sofern ein Mindest-Jahresumsatz gefordert wird, genügt es, wenn der Durchschnittswert der Addition der Jahresumsätze der Mitglieder diesen Mindestumsatz erreicht. Entsprechendes gilt für die jeweiligen Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrages. Mindestanforderung für Los 1 und Los 2: - keine - Form der Nachweisführung: Bankerklärungen, Jahresabschlüsse oder Auszüge von Jahresabschlüssen, Eigenerklärung

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen mit vergleichbaren Anforderungen (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV) Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten drei Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitraums sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers. Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird darauf hingewiesen, dass auch einschlägige Dienstleistungen berücksichtigt werden, die mehr als drei Jahre, jedoch höchstens zehn Jahre zurückliegen (Stichtag: 01.01.2014). Die Auflistung ist auf Projekte zu beschränken, deren Anforderungen mit denen der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind und mindestens die geforderten Leistungsphasen (jedoch nicht zwingend alle Grundleistungen) im vorgegebenen Zeitraum (01.01.2014 - Ablauf Bewerbungsfrist) erbracht wurden. Es muss sich hierbei nicht zwingend um Objekte der gleichen Nutzungsart handeln. Eine laufende Referenz, bei der die geforderten Leistungsphasen noch nicht abschließend erbracht wurden, kann nicht zur Erfüllung der Mindestanforderungen herangezogen werden. Bei noch laufenden Verträgen muss das vorgenannte Volumen bereits erfolgreich bearbeitet worden sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen ist jedoch kumuliert über mehrere Referenzen möglich. Die Vergleichbarkeit wird durch Referenzleistungen erreicht, die nach Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistung in dem Sinne ähnlich sind, dass sie für den öffentlichen Auftraggeber den sicheren Schluss darauf zulassen, der Bewerber verfüge über die für die Ausführung des zu vergebenden Auftrags erforderliche Zuverlässigkeit und Fachkunde. Mindestanforderung für Los 1: Nachweis von mindestens drei vergleichbaren Referenzen aus den letzten zehn Jahren mit mindestens den LPH 5-8 HOAI (Kombinationen z.B. Referenz A: LPH 5-6 HOAI + Referenz B: LPH 7-8 HOAI sind zulässig) im zu vergebenden Leistungsbild sowie den zu vergebenden Anlagengruppen der Maschinentechnik. Hierbei muss es sich um Referenzen mit Planungsleistungen im Krankenhausbau oder bei vergleichbaren Einrichtungen mit vergleichbaren Planungs- und /oder Beratungsanforderungen (Honorarzone II oder höher) handeln. Mindestanforderung für Los 2: Nachweis von mindestens drei vergleichbaren Referenzen aus den letzten zehn Jahren mit mindestens den LPH 5-8 HOAI (Kombinationen z.B. Referenz A: LPH 5-6 HOAI + Referenz B: LPH 7-8 HOAI sind zulässig) im zu vergebenden Leistungsbild sowie den zu vergebenden Anlagengruppen der Elektrotechnik. Hierbei muss es sich um Referenzen mit Planungsleistungen im Krankenhausbau oder bei vergleichbaren Einrichtungen mit vergleichbaren Planungs- und/oder Beratungsanforderungen (Honorarzone II oder höher) handeln. Form der Nachweisführung: Eigenerklärung Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV) Angabe der durchschnittlichen jährlichen Anzahl an technische Fachkräfte oder an technische Stellen, die zur Erfüllung der ausgeschriebenen Leistung eingesetzt werden können, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht. "Technische Fachkräfte" im Sinne des § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV sind Fachkräfte, deren Leistungen eine durch Qualifikationen und Berufserfahrung belegbare besondere Fachkunde erfordern. Mindestanforderung für Los 1: Zwei technische Fachkräfte oder technische Stellen (Vollzeitäquivalente ohne Büroinhaber) im zu vergebenden

Leistungsbild des Fachbereichs Maschinentechnik Mindestanforderung für Los 2: Zwei technische Fachkräfte oder technische Stellen (Vollzeitäquivalente ohne Büroinhaber) im zu vergebenden Leistungsbild des Fachbereichs Elektrotechnik Form der Nachweisführung: Eigenerklärung Angabe der Ausstattung, der Geräte und techn. Ausrüstung (§ 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV) Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens sowie Erklärung, aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt (insb. Hard- und Software). Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten des Bewerbers und die Zahl der Führungskräfte des Bewerbers jeweils in den letzten drei Jahren ersichtlich wird. Bei einer Bewerbergemeinschaft sind je Jahr die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und die Zahl der Führungskräfte jedes Mitglieds der Bewerbergemeinschaft zu addieren. Als Beschäftigte gelten die sozialversicherungspflichtig angestellten Arbeitnehmer. Beschäftigtenzahl des konkreten Bewerberrunternehmens - nicht etwa des Gesamtkonzerns. Beschäftigte müssen nicht zwangsläufig Arbeitnehmer im Sinne des § 611a Abs. 1 BGB sein. Unter diesen Begriff können auch nicht zur Geschäftsführung gehörende Gesellschafter und freie Mitarbeiter fallen. Qualitätssicherung (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) Beschreibung der Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität seiner Dienstleistung muss als gesonderte Anlage dem Bewerbungsbogen beigefügt werden. Vergabe von Unteraufträgen (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV) Erklärung, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt, muss als gesonderte Anlage dem Bewerbungsbogen beigefügt werden. Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern Eigenerklärung über die Erfahrungen des Bewerbers mit öffentlichen Auftraggebern und geförderten Maßnahmen (Förderantragsstellung, Vergabeverfahren, Rechnungs- und Nachtragsbearbeitung, etc.) muss als gesonderte Anlage dem Bewerbungsbogen beigefügt werden.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Aufgabenstellung und Projektanforderungen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektteam - Zusammensetzung, Organisation, Vertretungsregelung, Projektleitung, Besetzung der einzelnen Planungsbereiche

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektteam - Verfügbarkeit, sofortiger Arbeitsbeginn, Personaleinsatzplan

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Terminplan zur vorgesehenen Projektabwicklung
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Organisation der Bauleitung / Präsenz vor Ort / Erreichbarkeit für den Bauherrn

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Methoden zur Qualitätssicherung der Planung, Ausschreibung,
Bauüberwachung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Methoden zur Kostensicherheit

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Methoden zur Terminalsicherheit

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18dcaec59b-212131c57620c850

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 09/04/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://tender24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 26/03/2024 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung materiell bzw. inhaltlich falsch eingereichter Referenzprojekte ist nicht möglich! Grund: Die Nachforderungsmöglichkeiten des § 56 Abs. 2 Alt. 1 VgV darf nicht dazu führen, dass sich einzelne Unternehmen im Nachhinein, nach Ablauf der Abgabefrist, gegenüber ihren Konkurrenten einen Wettbewerbsvorteil verschaffen können. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit -der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftrag eben nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, -Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, -mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter/Bewerber, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die Betroffenen Bieter ergangen ist. Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst 10 Kalendertagen nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über das E-Vergabe-Portal) der Information nach § 134 Abs.

1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter/Bewerber kommt es nicht an. Gemäß § 135 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der Betroffenen Bieter/Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Bezirk Oberfranken namens und im Auftrag der GeBO

Registrierungsnummer: t:092178460

Postanschrift: Cottenbacher Straße 23

Stadt: Bayreuth

Postleitzahl: 96445

Land, Gliederung (NUTS): Bayreuth, Kreisfreie Stadt (DE242)

Land: Deutschland

E-Mail: info@bezirk-oberfranken.de

Telefon: +49 92178460

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Federführendes Mitglied

8.1. ORG-7002

Offizielle Bezeichnung: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

Registrierungsnummer: 09463000-0001SC1200-50

Postanschrift: Steingasse 18

Stadt: Coburg

Postleitzahl: 96450

Land, Gliederung (NUTS): Coburg, Kreisfreie Stadt (DE243)

Land: Deutschland

E-Mail: beschaffungsamt@coburg.de

Telefon: +49 9561893155

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7003

Offizielle Bezeichnung: Stadt Coburg - Beschaffungsamt

Registrierungsnummer: 09463000-0001SC1200-50

Postanschrift: Steingasse 18

Stadt: Coburg
Postleitzahl: 96450
Land, Gliederung (NUTS): Coburg, Kreisfreie Stadt (DE243)
Land: Deutschland
E-Mail: beschaffungsamt@coburg.de
Telefon: +49 9561893155

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern
Registrierungsnummer: t:0981531277
Postanschrift: Promenade 27
Stadt: Ansbach
Postleitzahl: 91522
Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de
Telefon: +49 981531277
Fax: +49 981531837
Internetadresse: <http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern
Registrierungsnummer: t:0981531277
Postanschrift: Promenade 27
Stadt: Ansbach
Postleitzahl: 91522
Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de
Telefon: +49 981531277
Fax: +49 981531837
Internetadresse: <http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

e23a9905-fbf2-4e17-b07b-202ec512282a-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Änderung der Mindestanforderung im Bereich der Eignung zur Berufsausübung; Zulassung von Staatlich geprüften Technikern und Meistern

10.1. Änderung

Abschnittskennung: ORG-7001

Abschnittskennung: LOT-0001

Abschnittskennung: LOT-0002

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5425b410-1e74-4658-8ed9-085379264f5a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 14/03/2024 13:31:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 159035-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 54/2024

Datum der Veröffentlichung: 15/03/2024